



## **Stadtparteitag 20.03.2010**

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Leipzig**

#### **Beschluss**

#### **Leipzigs finanzielle Unabhängigkeit bewahren!**

Die Haushaltsdebatte 2010 des Stadtrates war wieder ein deutliches Zeichen für die finanziell bedrohliche Situation der bundesdeutschen Städte und Gemeinden. Wieder hat dabei der Leipziger Stadtrat seine Ohnmacht bei der Gestaltung des Haushaltes demonstriert bekommen. Eine Ohnmacht die sich z.B. darin dokumentiert, dass bei den Änderungsanträgen des Stadtrates 2010 die Kürzungsvorschläge überwogen. Ohnmacht, weil begrenzte Einnahmen und festgeschriebene Ausgaben für übertragene Pflichtaufgaben die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen immer mehr einschränken. Und die Umschreibung „finanziell bedrohlich“ ist schon beinahe beschönigend, es wird in den nächsten Jahren um die Existenz der Städte – und damit auch Leipzigs - gehen, die nicht nur ihre Pflichtaufgaben erfüllen sollten, um für ihre Bürgerinnen und Bürger ein attraktives Gemeinwesen zu sein.

Die Politik des Bundes – und dabei ist es egal, ob hier rot-grün, schwarz-rot oder schwarz-gelb an der Macht waren oder sind – scheint die Rolle der Kommune als politischer und sozialer Akteur in unserer Gesellschaft mehr und mehr zu verkennen. Es wird vergessen, dass nach Max Weber, die Stadt sowohl für die Entwicklung der Wirtschaft als auch für die Entstehung und Fortschreibung der modernen Demokratie eine zentrale Bedeutung hat. Die Städte stellen auch heute die zentralen öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft bereit, z.B. in den Bereichen Soziales, Kultur, Ver- und Entsorgung, Bereitstellung der Infrastruktur, Umweltschutz u.v.a. Im Bewusstsein von Bund und Freistaat scheint dies aber nicht präsent zu sein. Die Städte scheinen heute nur noch zur gebührenfreien Müllhalde der Probleme zu verkommen, mit denen sich Bund und Länder nicht mehr befassen wollen oder können. Die Steuergesetzgebung in jüngster Zeit – es sei stellvertretend das Wachstumsbeschleunigungsgesetz genannt – und die von der FDP geplanten und nur mit weiterer Verschuldung zu finanzierenden geplanten Steuersenkungen untergraben das Fundament der städtischen Selbstverwaltung. Hier wird Finanzpolitik wieder auf dem Rücken der Kommunen gemacht, die mit Leistungseinschränkungen den schwarzen Peter haben werden. Will diese schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrer nicht zu finanzierenden Steuerreform ernsthaft, gerade in diesen Krisenzeiten die Qualität und Verlässlichkeit der elementar wichtigen kommunalen Leistungen gefährden? Die endlich dringend anstehende Gemeindefinanzreform muss das grundsätzliche Missverhältnis zwischen kommunalen

Pflichtaufgaben und den daraus resultierenden Ausgaben und den dafür von Bund und Land zugestandenem Einnahmen auf den Prüfstand stellen. Der Deutsche Städtetag fordert zurecht, dass dies insbesondere für den Bereich der Sozialpolitik, also bei

- den Hilfen für Langzeitarbeitslose,
- der Kinder- und Jugendhilfe,
- den Hilfen für Menschen mit Behinderung,
- und bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit

zu gelten hat.

Wir stehen in weiterem Zusammenhang auch hinter der Forderung des Deutschen Städtetags, endlich das Konnexitätsprinzip in den Beziehungen zwischen Bund und Land und den Städten und Gemeinden einzuführen. Konnexität besagt, dass die aus der Durchführung einer auf die Kommune übertragenen Aufgabe erwachsenden finanziellen Belastungen, denjenigen treffen sollen, der die Aufgaben festgelegt hat. Auch in den Beziehungen zwischen Kommunen und Land und Bund muss endlich gelten: „Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen“. Bis zum heutigen Tage wurde dieses Prinzip von Bund und Land mehr und mehr mit Füßen getreten. Nicht zuletzt durch zusätzliche Pflicht- und Auftragsangelegenheiten ohne ausreichende Kostendeckung durch Bund und Freistaat gerät die Stadt Leipzig immer näher an eine finanzielle Handlungsunfähigkeit.

Mit völligem Unverständnis nimmt der Stadtparteitag Leipzig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließlich die Absicht der schwarz-gelben Regierungskoalition des Freistaates zur Kenntnis, bei dem Kommunalen Finanzausgleich einen Flächenfaktor einzuführen, der die großen Städte des Landes wiederum finanziell benachteiligt und in ihrer Leistungskraft weiter schwächt.

In Anbetracht dieser fordert der Stadtparteitag Leipzig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom Bund und Freistaat Sachsen:

Es ist dringend geboten, den Städten und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht an den Gesetzgebungsverfahren von Bund und Freistaat zu verschaffen. Leipzig und die anderen Städte wollen nicht nur die Folgen von Bundes- und Landesgesetzen tragen, sondern auch mitbestimmen. Soweit der Bund oder der Freistaat den Kommunen neue oder erweiterte Aufgaben zuweist, muss er auch die auskömmliche Finanzierung für die Städte und Gemeinden sicherstellen (Konnexitätsprinzip). Das gilt auch für diejenigen Maßnahmen der letzten Jahre, bei denen das unterlassen wurde. Mindereinnahmen der Städte und Gemeinden durch Steuersenkungen müssen durch Mehreinnahmen der Städte- und Gemeinden aus bestehenden Steuerquellen ausgeglichen werden. Zusätzliche Steuerbelastungen von kommunalen Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge werden abgelehnt. Die Einführung eines Flächenfaktors im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches des Freistaates Sachsen wird abgelehnt.